

Vortrag an den Ministerrat

Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen; 17. Treffen der Vertragsstaaten, 11.-13. Juni 2024; österreichische Delegation

Voraussichtlich von 11. bis 13. Juni 2024 findet am Amtssitz der Vereinten Nationen in New York das 17. Treffen der Vertragsstaaten des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (CRPD), BGBl. III Nr. 155/2008, statt. Artikel 40 des Übereinkommens sieht regelmäßige Vertragsstaatentreffen zur Überprüfung des Übereinkommens vor.

Österreich hat das Übereinkommen 2008 ratifiziert.

Das diesjährige Treffen der Vertragsstaaten widmet sich dem Thema „Rethinking disability inclusion in the current international juncture and ahead of the Summit of the Future“, wobei insbesondere auch Aspekte der internationalen Zusammenarbeit zur Förderung von technologischer Innovation und Transfers für eine inklusive Zukunft, die Lage von Menschen mit Behinderungen in Gefahrensituationen und humanitären Krisen sowie die Förderung der Rechte von Menschen mit Behinderung auf anständige Arbeit und nachhaltige Lebensgrundlagen behandelt werden sollen.

Für die österreichische Delegation wird folgende Zusammensetzung in Aussicht genommen:

Botschafter Dr. Alexander Marschik
Delegationsleiter

Ständiger Vertreter Österreichs bei den
Vereinten Nationen in New York

Ministerialrat Mag. Andreas Reinalter Stv. Delegationsleiter	Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
Gesandter MMag. Stefan Pretterhofer	Ständige Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen in New York
Erste Botschaftssekretärin Julia Eberl, Bakk. MA	Ständige Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen in New York
Attachée Mag.a Katharina Bock	Ständige Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen in New York
Kommissärin Mag.a Hannah Zeisel	Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz

Der Delegation werden, wenn nötig, weitere erforderliche Beraterinnen und Berater aus den zuständigen Fachressorts beigezogen.

Die mit der Entsendung dieser Delegation verbundenen Kosten finden ihre Bedeckung in den Budgets der jeweils entsendenden Ressorts. Es werden keine Beschlüsse mit unmittelbaren finanziellen Auswirkungen gefasst.

Im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz stelle ich daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle dem Herrn Bundespräsidenten vorschlagen, die Mitglieder der österreichischen Delegation in der oben angeführten Zusammensetzung zur Teilnahme an den Beratungen und Beschlussfassungen des 17. Treffens der Vertragsstaaten des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu bevollmächtigen.

8. Mai 2024

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.
Bundesminister